

ÖFFENTLICHE GEMEINDERATSSITZUNG
am Donnerstag, 08. Juli 2010 , 19.00 Uhr
im Bürgersaal des Neuen Rathauses
in Karlsbad-Langensteinbach

**TOP 8**

Vorstellung des Verwaltungsvorschlags zur Reduzierung der Öffnungszeiten der Ortsverwaltungen

Im Rahmen der Sparbeschlüsse zum Haushalt 2010 hat der Gemeinderat eine Reduzierung der Öffnungszeiten in den Ortsverwaltungen beschlossen. Hier wurde seitens der Verwaltung vorgeschlagen, im laufenden Jahr Vorschläge zur Reduzierung der Öffnungszeiten – und damit verbunden einer Reduzierung der Personalanteile – zu erarbeiten.

Über einen Zeitraum von 4 Wochen wurden die Fallzahlen typischer und vergleichbarer Arbeiten in den vier Ortsverwaltungen sowie zum Vergleich auch im Bürgerbüro erhoben. Diese Fallzahlen wurden mit den benötigten Arbeitszeiten hochgerechnet, woraus sich der tatsächliche Zeitbedarf in den jeweiligen Ortsverwaltungen für die notwendigen Arbeiten ergibt. Hierauf haben wir eine Stunde pro Woche für Rentenanträge (im Erhebungszeitraum waren in den vier Ortsverwaltungen und den vier Wochen insgesamt 16 Rentenanträge bearbeitet worden) und eine Stunde pro Woche für die Erstellung des Ortschaftsratsprotokolls und Sekretariatstätigkeiten für den Ortsvorsteher (durchschnittlich eine Sitzung in vier Wochen) hinzugerechnet.

Die Protokollführung in den Ortschaftsräten sollte in allen Ortsteilen den Ortsverwaltungen zugeordnet werden. Schlussendlich kommt somit ein Zeitbedarf heraus, der in Auerbach und Mutschelbach die Öffnung an einem (halben) Tag und in den Ortsteilen Ittersbach und Spielberg die Öffnung an zwei (halben) Tagen vorsieht. Außerhalb der geplanten Öffnungszeiten sind die Ortsverwaltungen geschlossen und stehen den Bürgerinnen und Bürgern nicht zur Verfügung. Auch mit den neuen Öffnungszeiten kann das über Fallzahlenerhebung ermittelte Angebot in den Ortsverwaltungen aufrechterhalten werden.

Die Urlaubs- und Krankheitsvertretung erfolgt in den Ortsverwaltungen mit Fachamt aus dem Amt heraus, für die Ortsverwaltung Mutschelbach erfolgt die Vertretung durch das Bürgerbüro.

Der Verwaltungsvorschlag wurde mit den Beschäftigten und den Ortsvorstehern besprochen.

Finanzielle Auswirkungen:

Mittelfristige Einsparung von mindestens einer Personalstelle (rd. 40.000 € pro Jahr)

Antrag der Verwaltung:

Der Gemeinderat möge den Verwaltungsvorschlag beschließen.

Vermerke der Verwaltung:

TOP vertagt

TOP behandelt Abstimmung: ja: nein: enthalten:

Sonstiges: _____ (Tibi / Augenstein)